



Die BND-NSA-Affäre: Die globale Überwachung soll deutscher werden

Durch Enthüllungen Edward Snowdens wird im Juli 2013 bekannt, dass die Inlands- und Auslandsgeheimdienste der USA sowie konkurrierende und kooperierende Dienste verbündeter Demokratien weltweit die elektronische Kommunikation überwachen. Entsprechende Datenbank- und Suchprogramme machen den Verfolgungsbehörden jederzeit die Telefonate, die E-Mails und das gesamte soziale Umfeld von Bürgern aller Länder – auch Deutschlands – verfügbar. Eine globale, universelle Überwachung wurde so installiert, die ganz unabhängig von aktuellen „Bedrohungen“ jeden Bürger als potentiell Verdächtigen ins Visier nimmt. Wenn man die Aktivitäten der Leute und ihre Kommunikation nicht unter Kontrolle hat, kriegt man ja gar nicht raus, ob einer was zu verbergen hat und womöglich Staatsgefährdendes im Schilde führt, lautet hier die Devise.

Auch im befreundeten und verfeindeten Ausland werden die Geheimdienste aktiv, andere Nationen werden politisch, wirtschaftlich und militärisch ausgekundschaftet, um rechtzeitig über mögliche Widerstände oder gar gegnerische Absichten in Bezug auf die eigenen weltpolitischen Ambitionen Bescheid zu wissen und sich zu wappnen.

Das schreckt einige Bürger auf. Manche kommen sich vor wie in einem „Überwachungsstaat“, andere bekommen prinzipielle Zweifel, ob umfassendes Ausspionieren und Demokratie zusammengehen, ob das

staatliche Sicherheitsbedürfnis nicht dem Freiheitsrecht, der informationellen Selbstbestimmung und dem Grundgesetz usw. widerspricht. An sie ergeht von regierungs-offizieller Seite der Bescheid, dass die beklagte Verletzung der Freiheitsrechte ein notwendiges Erfordernis der inneren Staatssicherheit und diese wiederum unabdingbare Voraussetzung für den staatlichen Schutz der Bürger sei, weshalb der Umfang der Überwachung in Ordnung gehe.⁽¹⁾

DIE KOOPERATION MIT DEN AMERIKANISCHEN FREUNDEN ...

Ein NSA-Untersuchungsausschuss wird dennoch eingerichtet. Der hat die enge Zusammenarbeit zwischen amerikanischer NSA (National Security Agency) und deutschem BND (Bundesnachrichtendienst) zum Untersuchungsgegenstand. Zusammen mit investigativen Journalisten bestätigt er detailliert, – dass Deutschland und die USA bereits 2002 eine enge Zusammenarbeit zur Überwachung der Telekommunikation vereinbart haben. „Die Kooperation wird in einem ‚Memorandum of Agreement‘ geregelt, das der damalige Geheimdienstkoordinator [...] und heutige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) billigt.“ (tagesspiegel.de, 4.5.2015)

– dass der BND auftragsgemäß in Zusammenarbeit mit der NSA am Lauschposten im bayerischen Bad Aibling Telefongespräche, E-Mails und SMS-Nachrichten abfängt und
→Fortsetzung Seite 2

Neues aus der deutschen Willkommenskultur:

Die Wanderarbeiter aus Osteuropa – der willkommene Bodensatz des deutschen Proletariats

Seit einigen Jahren ist ein dunkler Fleck in der blühenden Landschaft der Schwarzen Null und der Export-Weltrekorde zu einem festen Bestandteil der kritischen Berichterstattung geworden: die Arbeits- und Lebensumstände osteuropäischer „Wanderarbeiter“. Von „unseren neuen Hungerlöhnern“ und einem „modernen Sklaventum“ ist da die Rede – also von dem, was kritische Journalisten heute allenfalls als einen Fall von „Ausbeutung“ einzustufen bereit sind: härteste Arbeit zu niedrigem Lohn, der nicht selten ganz ausfällt, 14-Stunden-Tage bei 6- bis 7-Tage-Wochen, Unterbringung in Dreckslöchern zu Wucherpreisen etc. Solche Vorfälle mögen noch so zahlreich, die Aufdeckungen noch so regelmäßig geworden sein – kritische Journalisten lassen es sich einfach nicht nehmen, sie immer wieder mit unterschiedlichen Abwandlungen der rhetorischen Frage zu kommentieren: So was gibt es bei uns? In Deutschland? Das passt einfach nicht!

Manchmal braucht es eben deutliche Worte von oben, um in solchen Fragen für Klarheit zu sorgen. Bei einem Staatsbesuch in Bulgarien hat Außenminister Steinmeier einen kurzen und bündigen Hinweis gegeben, dass und wie das alles sehr wohl zu Deutschland passt. Auf die Frage eines bulgarischen Journalisten, „wie schwerwiegend“ das Problemthema „Einwanderung, einschließlich bulgarischer Bürger“ derzeit aus Sicht der deutschen Regierung sei, sind von ihm folgende beruhigende Worte zu vernehmen:

„Wenn Bulgaren nach Deutschland ziehen, um dort zu arbeiten, tun sie das nicht als Migranten aus Drittstaaten, sondern sie nehmen ihr Freizügigkeitsrecht als Unionsbürger in Anspruch. Dieses Recht ist eine der wichtigsten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses, gerade Deutschland profitiert davon sehr.“ (Steinmeier in Bulgarien, 6.3.15)

Von wegen, Bulgaren und ihre osteuropäischen Kollegen seien bloß Fremdlinge ohne einen berechtigten Platz in Deutschland. Als „Unionsbürger“ gehören sie doch längst zu uns! Dass sie ihr großartiges Freizügigkeitsrecht so massenhaft in Anspruch nehmen, ist nur die Kehrseite einer etwas länger zurückliegenden, aber nicht minder „wichtigen Errungenschaft“. Mit der Abwicklung des Ostblocks und den Resultaten einer über 25 Jahre niederkonkurrierten Wirtschaft – nicht zuletzt durch überlegene deutsche Kapitale – ist den „wandernden“ Osteuropäern eine etwas andere Sorte Freiheit zuteil geworden; sie sind frei von allen Mitteln und Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt dort zu verdienen, wo sie wohnen. Jetzt können sie ihre Freiheit nutzen, um sich in Deutschland in Anspruch nehmen zu lassen – was nicht nur für die mittellosen Bulgaren, sondern auch für das mit schlagkräftigem Kapital bemittelte Deutschland eine frohe Botschaft ist. Und dank der extensiven Aufdeckungsarbeit seiner kritischen Öffentlichkeit daheim braucht Steinmeier nicht näher darauf einzugehen, wer wie davon profitiert, wenn „Deutschland“ von der Zuwanderung der Osteuropäer profitiert.

Diskussionsveranstaltung

Die Katastrophe „Flüchtling“: Global überflüssig gemacht und von den Staaten als Last behandelt

Wenn

- jeden Tag in der Zeitung steht, wieviele Flüchtlinge aus der '3. Welt' im Mittelmeer ertrinken, und von Millionen Wartenden die Rede ist, die auf ein Schlepper-Ticket nach Europa hoffen;
- die Auffanglager überfüllt sind und laufend Nachschub aus 'Armutregionen und Krisengebieten' in Afrika oder Nahost erhalten, in denen die Überlebenschancen der Leute offenbar gering sind;

- jährlich Hunderttausende sich trotz der großen Gefahren auf die Staatsgebiete der EU-Länder durchschlagen und zuständige Politiker beteuern, diese Massen 'beim besten Willen nicht aufnehmen zu können';

- die Asylpolitiker reicher Länder das Urteil der 'Unbrauchbarkeit' bzw. 'Last' bestätigen, das die Heimatstaaten fällen, angesichts des unaufhaltsamen Zustroms aber auch manche Asylbewerber aufnehmen;

Tübingen:

Mittwoch, 1.7.2015, 19:00 Uhr
Schlatterhaus, Kl. Saal, Österbergstr. 2

Stuttgart:

Donnerstag, 2.7.2015, 19:30 Uhr
Altes Feuerwehrhaus Stuttgart
1. OG, Seiteneingang Möhringer Str. 56,
U 1, U 14, Bus 42 Erwin-Schoettle-Platz

Karlsruhe:

Dienstag, 8.7.2015, 19:30 Uhr
Planwirtschaft, Werderstr. 28

dann

- ist das kein Zeugnis ‚unterlassener Hilfeleistung‘ durch die EU, sondern ein verheerendes Urteil über globale Zustände, in denen es immer mehr Menschen gibt, die auf die Rettung ihres nackten Lebens und *humanitäre Hilfe* angewiesen sind;

- ist das kein Dokument ‚verfehlter Entwicklungspolitik des Westens‘, sondern ein Fingerzeig darauf, dass solch hoffnungslose Lebensverhältnisse zur herrschenden Weltordnung *dazugehören*;

- ist das ein Hinweis darauf, dass diese Massen in diesem kapitalistischen System ‚zu viel‘ sind und der Befund der *Überflüssigkeit* von allen Zielstaaten an ihnen vollstreckt wird;

- stellt sich die Frage, *wofür* und *gemessen woran* sie überflüssig sind.

Oder: Auf welchen Kalkulationen beruht die Entdeckung, dass einige dieser Ankömmlinge *doch ganz brauchbar* wären?

Wer mit uns
nach dem Vortrag
über

FLÜCHTLINGE

weiter diskutieren
möchte:

Tübingen:
Dienstag, 7.7.,
Clubhaus, 20:00 Uhr

Stuttgart:
Donnerstag, 9.7.,
Altes Feuerwehrhaus,
Foyer 1

Es ist ja auch kein Geheimnis: Es ist nämlich gerade die besondere Sorte *Fremdheit* der östlichen EU-Bürger, die sie zu einer schönen Ergänzung am unteren Ende der *einheimischen* Arbeiterklasse macht. Ihre besondere materielle Notlage, die sie von daheim mitnehmen, zusammen mit ihrem rechtlichen Kombi-Status als im osteuropäischen *Ausland* ansässige, aber zur Freizügigkeit berechnete „Unionsbürger“, prädestiniert sie im deutschen *Inland* insbesondere für die Sorte Benutzung, bei der es beim Arbeiten vornehmlich aufs pure Aushalten ankommt. Erstens hat das deutsche Kapital mit den staatlich anerkannten Rechtsformen namens Werkvertrag, Subunternehmerregelung, Leiharbeit etc. eine Fülle von Mitteln in der Hand, seine Kosten-Ertrags-Rechnung aufzubessern – in der Regel mit einer Bezahlung weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns und außerhalb jeder tariflichen Bindung. Zweitens bringt die besondere Notlage dieser Arbeiter wie von selbst den Willen hervor, einfach alles auszuhalten, was das Kapital ihnen an Arbeitszeit, -intensität und Bescheidenheit in puncto Lohn abverlangt. So dass sich die einschlägige staatliche Rechtsordnung eher als Ausgangsbasis denn als geschlossener „Rahmen“ für die profitbringende Ausnutzung dieser „Unionsbürger“ erweist. Schwarzarbeit und Lohnbetrug sind hier keine Seltenheit, was den Staat schon wieder auf den Plan ruft: Nach-

dem er die besonders kapitalfreundliche Ausnutzung der Wanderarbeiter rechtlich erlaubt, verbietet er Exzesse – was bekanntlich nicht immer mit ihrer Abstellung zusammenfällt. Zwar sind Lohnbetrug, Mietwucher und Schwarzarbeit aus ordnungspolitischen und steuerlichen Gründen Straftatbestände, aber bei deren Verfolgung – falls es überhaupt zu einer Klage kommt – richten sich die Behörden nach einer Rechtslage, die fast regelmäßig Betroffene mit ihren Existenznöten an den Rechtskonstruktionen findiger Sub-, Sub-Sub- und Sub-Sub-Sub-Unternehmer scheitern lässt.

Das deutsche Kapital selber tut einiges dafür, den Zustrom und die Unterbringung dieser riesigen Reservarmee bedarfsgerecht zu organisieren.

„Die Stellenanzeigen auf der Internetseite des Unternehmens sind deswegen nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Polnisch und Slowenisch“. Und: „Regelmäßig buchen die hiesigen Unternehmen Busse für den Transfer“. (FAZ 6.2.)

Das mobilgemachte osteuropäische „Humankapital“ wird – just in time – angekarrt, wenn es „Arbeit gibt“; am Ende des Arbeitstages wird es meist direkt am Arbeitsplatz verstaut, damit es am nächsten Tag ohne Zeitverlust weitermachen kann. Und da diese

→Fortsetzung Seite 4



„BND/NSA...“ (Forts. v. S 1)

nach Suchbegriffen (= Selektoren) ausforscht; (ebenda)

– dass der BND auch, was europäische Partner angeht, seinem Auftrag nachkommt: „Zudem machte Schindler [BND-Präsident] deutlich, dass die gesetzlichen Vorschriften dem BND das Ausspähen europäischer Ziele nicht verbieten.“ (FAZ, 23.5.2015)

– dass aber auch der BND schon früher Misstrauen gegen die amerikanischen Freunde anmeldete, weil eventuell nicht unbedingt jede kooperative Bespitzelung Deutschland nütze: „Aufgefallen sind dem BND einige der untergejubelten Suchbegriffe bereits 2005. Spätestens 2008 informierte der Geheimdienst das Bundeskanzleramt, 2010 folgte ein weiterer vertraulicher Bericht.“ (netzpolitik.org, 30.04.2015)



All das wurde von der Politik früher weder veröffentlicht, noch kommentiert. Die deutsche Bundesrepublik legt Wert auf die transatlantische Partnerschaft – „unverbrüchliche Freundschaft“ nennt sich das hierzulande – und auf die zugehörige militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit und will diese durch veröffentlichtes Misstrauen nicht in Frage stellen.

... BEKOMMT RISSE, ...

Das ändert sich, als ruchbar wird, dass amerikanische Geheimdienste auch Merkels Handy abhören. Nun ist die Aufregung groß: „Abhören von Freunden, das geht gar nicht!“ Das Bespitzeln der politischen Eliten wertet die deutsche Politik als Missbrauch der partnerschaftlichen Kooperation. Von seinem Partner will Deutschland als eine Macht respektiert werden, die der nicht ständig kontrolliert. Der NSA-Untersuchungsausschuss hält das Thema zwar am Köcheln. Auf Basis des doch immer noch gemeinsamen Sicherheitsinteresses legt sich Deutschland aber weiterhin auf unbedingte Kooperation mit Amerika fest und ordnet sich selbst der Führungsmacht unter – nicht offiziell, de facto aber schon. Gleichzeitig beharrt es in dieser unverbrüchlichen Freundschaft zu Amerika auf der grundsätzlichen Respektierung seiner Interessen.

Vom Abgreifen privater Daten ist der Gegenstand dieses Skandals schon weit entfernt. Jetzt geht es nicht mehr um den „Respekt vor der Privatsphäre“ der Bürger, sondern um den Respekt der USA vor der deutschen Souveränität. Dass dieser Respekt Deutschland gebührt und dass seine Politiker den einzufordern hätten, das wird den deutschen Bürgern nun als das, wofür sie sich interessieren sollen, vorstellig gemacht.

Als im Untersuchungsausschuss die Kooperation BND/NSA und der Umfang der Selektorenlisten zur Sprache kommen, die den verantwortlichen Politikern ja schon jahrelang bekannt waren, wird ein „Skandal der Sonderklasse“ (Schäfer-Gümbel, stellvertretender SPD-Vorsitzender) vermutet. Hat der BND Wirtschaftsunternehmen und Politiker in Deutschland und Europa ausgeforscht und die Ergebnisse der NSA mitteilt? Hat er damit gegen das Kooperationsabkommen verstoßen? Hat er „sich derart zum willfährigen Werkzeug der amerikanischen Geheimdienste gemacht“? (Schäfer-Gümbel) Die enge Kooperation mit den „amerikanischen Freunden“ wird damit offiziell problematisiert. Offenbar sieht sich die Politik veranlasst, klarzustellen, dass sie eigene, von den USA nicht unbedingt geteilte politische Ambitionen hat, für die sie ihre Geheimdienste einzusetzen

gedenkt, und deshalb gegenüber der Führungsmacht nicht einfach „willfährig“ ist.

..., DIE NACH MEHR DEUTSCHEM BESPITZELUNGSPOTENTIAL VERLANGEN.

Die deutsche Politik entdeckt bei ihren Nachrichtendiensten ein Dilemma: Angeht ihre „gewachsenen Verantwortung“, wie sie ihren Anspruch auf (Mit-)Zuständigkeit bei allen Fragen der Weltordnung nennt, hat sie Bedarf an globalen und universellen Geheimdienstinformationen. Und sie will, dass die deutschen Ambitionen der Maßstab dafür sind, wer, wo und wofür überwacht wird und wozu die Informationen zu verwenden sind. Wie ist das mit einem „Partner“ zu realisieren, der seine eigenen Gründe und Maßstäbe für geheimdienstliche Aktivitäten hat und eben nicht nur Partner, sondern auch Konkurrent ist, den man aber braucht, weil er in Sachen personeller und technischer Ausstattung sowie hinsichtlich des Zugangs zu Informationsquellen den eigenen Möglichkeiten weit voraus ist?

Beide Seiten des Dilemmas werden den Bürgern als Gesichtspunkte präsentiert, unter denen sie das Spitzelwesen jetzt betrachten sollen:

Einerseits: Ist der BND eigentlich Instrument einer souveränen deutschen Politik oder bloß ein Anhängsel des amerikanischen NSA? Vergessen deutsche Geheimdienste womöglich, wer ihr wirklicher Auftraggeber ist, und spielen Undeutschem in die Hände? Darf es sein, „dass die USA den BND quasi eingespant haben, auch um Wirtschaftsspionage zu machen“? (Gabriel, Vize-Kanzler). War der BND „jahrelang eine Art Zweigstelle des US-Geheimdienstes“? (Riexinger, Bundesvorsitzender Die Linke)

Dass die deutschen Dienste gerade für ihren Auftrag, Deutschland zu dienen, darauf angewiesen sind, dass die USA mit ihnen kooperiert, ist mit der deutschnationalen Aufregung aber nicht aus der Welt: „Wir sind abhängig von der NSA, nicht umgekehrt.“ (BND-Chef Schindler). Deshalb wird **andererseits** die Leistungsfähigkeit der Geheimdienste auf den Prüfstand gestellt: Sind die deutschen Dienste überhaupt in der Lage, ihren nationalen Spitzelauftrag so zu erledigen, dass das den deutschen Ambitionen entspricht? „Dürfen wir ihnen [den Geheimdiensten] [...] Anforderungen zumuten, die sie vielleicht, weil wir sie nicht gut genug ausstatten, nur dann erfüllen können, wenn sie so irgendwie im halblegalen Bereich mit dem großen Bruder aus den USA kooperieren?“ (Gabriel, SPD)

Gemeint ist damit natürlich nicht, dass „wir“ dem BND weltumspannende Anforderungen einfach nicht mehr zumuten. Gemeint ist auch nicht, geheimdienstlicherseits auf die notwendige „internationale Zusammenarbeit“ zu verzichten. Und überhaupt werde die Leistungsfähigkeit des BND durch die mediale Aufregung über die Kooperation bloß beeinträchtigt: Die „stückweise mediale Zerlegung drohe diese [die Kooperation] zu beschädigen und sie bedrohe die Motivation der BND-Mitarbeiter.“ (spiegel.de)

Ein Ausweg aus dieser nationalen Problematik geheimdienstlicher Kooperation ist aber dennoch zu suchen, und das wird von der Politik auch schon in Angriff genommen: Ein „Cyber-Security-Gipfel“ unter Vorsitz der Deutschen Telekom und des Chefs der Münchner Sicherheitskonferenz erörtert Alternativen zur Abhängigkeit von US-Servern, etwa in Gestalt eines „Europäischen Internets“ oder einer „Schengen-Cloud“. All diese Projekte, die einerseits Amerikas Monopolstellung bei der Bereitstellung wie bei der Kontrolle des globalen Datenverkehrs ein wenig unterminieren sollen, sind andererseits, nach deutscher

Lesart, aber eines nie und nimmer: die Kündigung der Zusammenarbeit mit dem großen Freund und Partner.

Die Freiheit der Bürger kommt in dieser Debatte nicht vor. Es geht um die Freiheit des Staats, um die Unabhängigkeit der staatlichen Herrschaftsmacht und Entscheidungsgewalt nach innen und außen. Zur Zeit der Snowden-Enthüllungen hieß es noch, ein derart umfassendes Überwachungswesen dürfe es in Demokratien schlechthin und hierzulande erst recht nicht geben. Nun sollen sich die Bürger, die doch Objekte der staatlichen Bespitzelung sind, die Gedanken der Subjekte, also der staatlichen Auftraggeber dieser Bespitzelung, machen. Letztere beschließen mit großer

Mehrheit und ohne große öffentliche Befassung das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, d.h. „die Speicherung personenbezogener Daten durch oder für öffentliche Stellen, ohne dass die Daten aktuell benötigt werden“ (wikipedia). Und die, deren Daten dergestalt abgegriffen und gespeichert werden, sollen sich als aufrechte deutsche Staatsbürger mit aufrecht deutschen Fragen befassen: Ist das, was deutsche Dienste dafür und ansonsten auf die Beine stellen, auch *deutsch* genug? Und können sich die Leistungen dieser Dienste mit denen des „großen Bruders“ messen?

¹⁾ Mehr dazu in GegenStandpunkt 3-13: „Edward Snowden enthüllt die Dimension der Überwachung des Globus durch US-Geheimdienste“ ◆

Manuela Schwesig gendert den Kapitalismus: Die Klassenherrschaft wird weiblicher

Die Verabschiedung des Gesetzes zur Frauenquote durch Bundestag und Bundesrat im März erklären seine Macher zu einer Sternstunde der Frauenemanzipation. Gefeierte wird das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ als eine „Initialzündung für mehr Gleichberechtigung“, die „einen Kulturwandel in Deutschland“ einleitet (Staatssekretär Kelber). Die Familienministerin spricht sogar von einem „historischen Schritt“, dem als „nächster Schritt zur Gleichberechtigung“ der „Gesetzentwurf für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen“ (Tagesschau, 27.03.2015) folgen soll. Über diesen „größten Beitrag zur Gleichberechtigung seit Einführung des Frauenwahlrechts“ (Maas, SPD) können sich demnächst also ca. 250 handgezahlte Spitzenfrauen freuen: Ab dem 1. Januar 2016 müssen in rund 108 börsennotierten Unternehmen Frauen bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten zu 30 % berücksichtigt werden – sonst bleibt die Stelle unbesetzt – , und „3500 weitere Firmen müssen sich ab 2015 zumindest verbindliche Ziele für die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen setzen“ (Manager-Magazin, 6.3.).

Die politischen Gestalter der sozialen Verhältnisse legen offenbar großen Wert auf Frauen in der Spitze von Konzernen. Dass die dort bislang unterrepräsentiert sind, finden die Gesetzgeber ungerecht, handelt es sich doch bei diesen Jobs um die mit den größten Machtbefugnissen und der höchsten Bezahlung. Dabei spielt das, was die neuen Frauen da im Dienste des großen Kapitals künftig machen sollen, jenseits der abstrakten Bestimmung, sie sollten eben vermehrt „führen“, keine Rolle.

1.

Zwei erfolgreiche Beispiele „weiblicher Führungsstärke“ machen aber bereits vor, was in Zukunft für immer mehr Quotenfrauen möglich sein soll.

Die Firma Siemens setzt große Hoffnungen in eine Janina Kugel, die Anfang des Jahres als Personalvorstand „eine Schlüsselposition im Konzern übernimmt“ und für 341 000 Mitarbeiter „zuständig ist“. Sie wird also zum Nutzen der Siemens-Aktionäre Entscheidungen über die Arbeit, die andere Leute zu machen haben. Sie wird diese kontrollieren und ihnen sagen, für welches Geld was zu tun ist; und sie wird aus ihnen mit Hilfe vieler Untergebener beiderlei Geschlechts die Arbeit herausholen, die die Siemens-Eigentümer noch reicher macht, und, wo dies nicht der Fall ist, solche Arbeit abschaffen. Deshalb hat sie in ihrer Funktion „als neue Arbeitsdirektorin“ unter anderem die Aufgabe, „in Deutschland 3300 und weltweit 7800 Stellen zu streichen“ (FAZ, 4.4.). Das soll man einfach super finden. Jetzt nicht direkt die Entlassungen, obwohl die schon irgendwie – leider natürlich – nötig sein werden; aber dass eine Frau sich dieser „kon-

fiktreichen Aufgabe“ stellt, das soll einen schon begeistern:

„Es ist eine atemberaubende Karriere für die resolute gebürtige Stuttgarterin. ... Dabei übernimmt die Mutter von Zwillingen als neue Arbeitsdirektorin eine alles andere als leichte Aufgabe. ... Die Strukturen sind noch immer starr, zudem sollen Tausende Stellen gestrichen werden, viele Mitarbeiter müssen sich intern auf neue Jobs einstellen. Das birgt viel Potential für Konflikte. ... Kugels Vorgänger sind alle gescheitert.“ (SZ, 27.1.)

Offenbar wird es für einen echten Fortschritt der Gleichberechtigung gehalten, wenn nunmehr Frau Kugel bei der rentabilitätsorientierten Um- und Wegorganisation tausender Arbeitsplätze erfolgreicher wäre als ihre männlichen Vorgänger. Soll man sich wirklich vorstellen, dass der Verlust des Einkommens durch Entlassung einen Betroffenen weniger hart ankommt, wenn die Entscheidung gegen seine Lebensverhältnisse durch eine zweifache Mutter getroffen wurde? Die Frage ist unpassend, weil es hier entschieden um die exemplarische Erfolgsgeschichte einer Frau an den Schalthebeln des unternehmerischen Privateigentums gehen soll, weswegen an dieser Stelle nicht interessant ist, dass die weibliche Führungskraft massenhaft anderen Leuten das Leben schwer macht, sondern dass sie an sich selbst hohe Ansprüche stellt. Eine Frau, die „ganz Familienmensch“, in all ihrer Weiblichkeit auch für die notwendigen Härten globaler Unternehmensverantwortung einsteht, verdient dafür unsere Sympathie und darüber hinaus unsere Bewunderung, wenn sie das, was sie mit der ihr ausgelieferten Belegschaft vorhat, ganz munter als Betätigung ihrer persönlichen Neigung zum Aufräumen ankündigt: Die „Konflikte“, die sie zu Lasten der Belegschaft anzetteln will, schrecken sie nämlich nicht, hatte sie doch „immer mit Veränderungen zu tun, meist mit Situationen, in denen Dinge umgekrempelt werden müssen“ (Human Resources Manager, 5.12.14). Solche Frauen braucht das Land – nicht immer solche, die dauernd ihre Wohnung umräumen, sondern solche wie die Kugel, die als Frau führt und von Berufs wegen die Existenzen tausender Siemens-Beschäftigter „umkrempelt“ – und nebenher noch ihre Zwillinge und ein „kleines Familienunternehmen managt“!

*

Während Kugel bereit ist, ein Kommando in der wirklichen Arbeitswelt einer globalen Firma zu übernehmen, spielt eine andere Vorzeigefrau, Christine Lagarde, Chefin des IWF, ihre Rolle auf dem Feld der internationalisierten finanzpolitischen Herrschaft der den IWF beherrschenden Weltmächte. Ihr erweist die SZ unter der Rubrik „Finanzfrauen“ die nächste Reverenz. Als „Schlüsselfigur“ des „internationalen Finanzparketts“ hat sie es auch „ganz nach oben“ geschafft und bewiesen, dass Frauen sich auch als Führungsfiguren in der internationalen Finanzwelt bewähren können. Sie mischt nicht nur wie Kugel



eine Weltfirma, sondern ganze Länder auf. In der Welt der Nationalbanken und ihrer Staatsschulden ist sie als Charaktermaske des imperialistisch verwalteten Reichtums (d.h. als eine Person, die ausschließlich in diesem Sinne denkt und handelt) und dabei ganz „bewusst“ als „Frau“ zu Hause:

„Lagarde ist sehr bewusst Frau. Sie äußert sich schon mal scharf gegen Sexismus, hält die Beteiligung von Frauen für einen Schlüssel zu Wachstum und Wohlstand ... In Krisenzeiten seien Frauen die besseren Führungskräfte, sagte Lagarde einmal ...“ (SZ, 28.2./1.3.15)

Was sie da in ihrer „Führungsposition“ zu tun hat, ist zwar hier nicht von Belang, jeder Interessierte kann es aber den Nachrichten entnehmen: Mit ihrem Währungsfonds teilt sie Staaten Kredit zu, anderen, die die vorgegebenen Konditionen nicht einhalten, verweigert sie ihn. So entscheidet sie mit über Wohl und Wehe von Nationen, deren kapitalistisches Lebensmittel der Kredit ist, und die ihn durch die Zurückung ihrer Völker nach den Renditeanforderungen der Gläubiger als ihr Lebensgesetz anzuerkennen haben. Dass das gerade die verarmten Massen Griechenlands empfindlich zu spüren bekommen, nimmt kein Freund der Gleichberechtigung einer Frau wie Lagarde übel. Sie tut, was getan werden muss, und sie tut es als Frau, die sich

jeder erforderlichen Härte fähig zeigt; die damit ihre Qualifikation beweist, und der man – schließlich soll sie ja als Ausbund *femininer Führungsstärke* gefeiert werden – dann auch noch unbesehen den dummen Spruch abnimmt, dass die Abwicklung der Einkommensquellen eines ganzen Volkes durch eine weibliche „Führungskraft“ mindestens genauso gut, ja eher besser, bewerkstelligt werden kann als durch eine männliche...

2.

Die eine Führungsfigur setzt mit viel Laune zum „Konflikt“ bei Siemens rentablere Arbeit und weniger Arbeitsplätze durch, die andere terrorisiert und maßregelt über den IWF ganze Staaten. Die „Führungspositionen“ dieser mustergültigen Frontfrauen des Kapitalismus zeugen von dem Gegensatz, in dem ihre Tätigkeit zur Mehrheit der Frauen und Männer steht, seien sie Angehörige eines Betriebes oder eines zinspflichtigen Staatsvolkes. Das soll aber mitten im rasanten Fortschritt der Gleichberechtigung per Quotengesetz keine Rolle spielen. Da will die Begeisterung für diesen „Kulturwandel“ in Aufsichtsräten und anderswo eben einmal etwas anderes wichtig nehmen: Sie pocht an so einem gesetzlichen Feiertag der Frauenrechte darauf, die *soziale Identität* des Menschen läge noch allemal in

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahresschrift

2-15

Frankreich kämpft gegen seinen ‚Niedergang‘
und stärkt so Merckels Europa

Neues aus der europäischen Völkerfamilie
An Griechenland wird ein Exempel statuiert

Das ‚gemeinsame Haus‘ von Kohl und Gorbatschow wird entmietet
Das Ende von South Stream

Eine marktwirtschaftliche Karriere zum failed state in der EU
Bulgarien und sein Energiesektor

Der Kopf als Revenuequelle
Die Widersprüche des geistigen Eigentums

Die Wanderarbeiter aus Osteuropa –
der willkommene Bodensatz des deutschen Proletariats

Die Post AG macht die Sozialpartnerschaft kaputt –
verdi kämpft um deren Rehabilitation

Deutschland erinnert die Türkei
an ihr Massaker an den Armeniern

seinem *Geschlecht*, und schreibt diesem so enorme Bedeutung zu, dass der Herrschaftscharakter der *Führungsaufgaben* in dieser Gesellschaft dahinter glatt verschwinden soll.

Dass es für Führungsaufgaben Geführte braucht, versteht sich von selbst. Die Diskri-

Ab sofort im Buchhandel erhältlich:

STUTTGART:
• Steinkopf, Rotebühlplatz 10
• Pressecenter im Hbf. bei
Gl. 5/6 & Klett-Passage (S-Bahn-Zugang)
• Eckert, Theodor-Heuss-Passage (S-Bahn-Station Stadtmittel, Büchsenstr.)

ESSLINGEN:
• ProvinzBuch, Küferstr. 26

TÜBINGEN:
• Osiandersche Buchhandlung, Wilhelmstr.
• Bahnhofsbuchhandlung

REUTLINGEN:
• Osiandersche Buchhandlung, Wilhelmstr.
• Bahnhofsbuchhandlung

Darüber hinaus in vielen Bahnhofs-
buchhandlungen oder direkt beim GS-Verlag:
verlag@gegenstandpunkt.de
oder 089/2721604

minierung der sozialen Klassen durch ihre Verteilung auf die Hierarchie der Berufe und der mehr oder minder auskömmlichen Einkommen soll dann völlig in Ordnung gehen, wenn endlich die Geschlechterdiskriminierung überwunden ist, die Kommandohöhen der politischen und ökonomischen Herrschaft auch für Frauen erreichbar sind und wirklich nur mehr die *Leistung* im Dienst an fremdem Eigentum über gesellschaftlichen Rang und Teilhabe am Reichtum entscheidet. ◆

Ein Flüchtlingsproblem gelöst: Kosovaren zurück in den Kosovo

Zu Jahresbeginn rollt eine Flüchtlingswelle, schlimmer noch: eine „Asyl-Lawine aus dem Kosovo“ (Focus-online 17.2.15) auf Deutschland zu. „Täglich fliehen bis zu 1500 Kosovaren“ mit Kind und Kegel nach Serbien, überqueren bei Nacht und Schnee zu Fuß und illegal die EU-Grenze nach Ungarn, um über Österreich nach Deutschland zu gelangen.

Die deutsche Botschaft in Priština schlägt Alarm und meldet an das Auswärtige Amt, „das Kosovo stehe vor einem ‚Massenexodus‘, der ‚nur durch schnelle Maßnahmen vor allem in Deutschland‘ gestoppt werden könne. Allein aus Pristina nähmen täglich 500 Personen Busse nach Serbien. Innerhalb eines Jahres, so die Hochrechnung, könnten 300 000 Personen das Land verlassen – ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.“ (spiegel.de, 8.2.)

Schon im März kann die nationale Zählstelle, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, aber „Entspannung melden. Die Flüchtlingswelle ebbt ab“ (Die Zeit, 4.3.), und zumindest an diesen Grenzen ist die Welt wieder in Ordnung.

Über die Fluchtgründe wird man zwischenzeitlich ausreichend informiert.

„Wir haben die Unabhängigkeit, aber nichts zu essen“,

„sagt der 27-jährige Hasan Fazliu, der seinen einjährigen Sohn in den Armen trägt.“ (Die Welt, 10.2.). „Die Ankömmlinge wüssten zwar, dass sie in Deutschland nicht dauerhaft bleiben könnten.“ Aber zur Auslösung besagter Lawine reicht es schon, dass, „bis der Asylantrag inklusive Beschwerde dagegen abgelehnt sei, mehrere Wochen“ vergehen. „Im Container ist es warm und sauber, es gibt dreimal täglich kostenloses Essen und zudem monatlich Sozialhilfe sowie Taschengeld.“ (NZZ, 7.3.) Und die gelehrte Welt liefert Hintergrundwissen zum besseren Verständnis für die nicht vorhandenen Lebensbedingungen der Flüchtlinge in ihrer Heimat:

„Um die Massenflucht der Kosovo-Albaner nach Westeuropa verstehen zu können, muss man sich die tragische soziale Situation vor Ort vor Augen führen. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben etwa 17 Prozent der Bevölkerung in extremer Armut (Ausgaben von weniger als 0,94 Euro pro Tag) und 45 Prozent in absoluter Armut (weniger als 1,42 Euro pro Tag). Etwa 16 Prozent der Kinder sind von Nahrungsmangel und dadurch verursachten Wachstumsstörungen betroffen. Aufgrund von Mangelernährung leiden etwa 16 Prozent der Schulkinder und 23 Prozent der Schwangeren unter leichter Anämie.

Die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit ist weiterhin erheblich höher als in den umliegenden Regionen und in Europa. Die Weltbank schätzte zuletzt, dass mehr als 35 Prozent aller Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 weder eine Bildungseinrichtung besuchen noch einer Ausbildung oder Beschäftigung nachgehen. Die Arbeitslosigkeit wird auf über 40 Prozent, bei Jugendlichen auf über 70 Prozent geschätzt.“ (Dusan Reljic, Stiftung Wissenschaft und Politik, 13.2.)

UNSER KOSOVO

Unter dem Titel Flüchtlingswelle firmiert hier immerhin dieselbe Menschengruppe, für die sich Europa vor 15 Jahren brennend interessiert und für zuständig erklärt hat. Damals galt deren Schicksal als eine regelrechte „humanitäre Katastrophe“; ganz Europa konnte einfach nicht mit ansehen, wie mit den bedauernswerten Leuten umgesprungen wurde; das Mitleid reichte sogar bis nach Amerika, so dass die gesamte NATO den armen Kosovaren zu Hilfe kommen musste. Ihretwegen wurde das Völkerrecht extra um ein Recht auf „humanitäre Intervention“ erweitert, ihretwegen musste ein grüner Außenminister sich und seine Republik von einem tiefempfundenen Pazifismus verabschieden und dafür agitieren, „daß wir mit militärischen Mitteln, mit einem Krieg Milošević Einhalt gebieten müssen“ (Joschka Fischer, 13.5.99), und ihretwegen wurde diese Mission schließlich per Bombenkrieg gegen die serbischen Unterdrücker vollstreckt.

Heute werden Menschen gleicher Herkunft als eine einzige Zumutung behandelt, wenn sie über die deutschen Grenzen strömen, obwohl doch klar ist, dass sie gar keine Chance haben, hier zu bleiben, denn Deutschland schickt ja garantiert wieder alle zurück. Die Kosovaren haben heute einfach keinen Grund zur Beschwerde, schließlich hat die NATO ihnen einen eigenen Staat geschenkt, samt ganzen Kompanien von ausländischen Betreuern: einer Schutztruppe, KFOR und einer kopfstarken EU-Verwaltung namens EULEX. Im Sommer 2014 haben sie sogar noch einen Assoziierungs- und Stabilisierungsvertrag von der EU bekommen. Jetzt ist er wahr geworden, der Wunsch des damaligen Kanzlers Schröder („Wir wollen miteinander einen multiethnischen und demokratischen Kosovo, in dem alle Menschen in Frieden und Sicherheit leben können“): Der Kosovare ist rundum frei von der serbischen Schreckensherrschaft, und das muss ja wohl reichen.

Die damalige, von der Öffentlichkeit aufgeführte Erschütterung angesichts der „menschlichen Schicksale“, der Aufruf, dass man unbedingt gegen diese „humanitäre Katastrophe“ einschreiten müsse, haben eben nur die moralische Umrahmung und den Rechtstitel für ein ganz anderes Interesse abgegeben. Welches Interesse das war, das ist der NATO-Antwort auf diese „Katastrophe“, der Einrichtung eines eigenen Staats für die Kosovaren und dessen desolater Verfassung nämlich deutlich anzumerken. In dem Fall konnten die NATO-Mächte deshalb einfach „nicht wegsehen“, weil dort das letzte Kapitel der Auflösung Jugoslawiens und der Bekämpfung „großserbischer“ Ambitionen unter Führung des „letzten Betonkopfkommunisten“ Milošević zu erledigen war.⁹⁾ Es ging um ein Stück Entmachtung Serbiens durch die Abtrennung dieser Provinz – und den USA ganz nebenbei und im Besonderen darum, sich auf dem eroberten Territorium mit einem Riesenmilitärstützpunkt niederzulassen. Ob der neue Staat für sich irgendwie lebensfähig sein würde, war dafür und deshalb überhaupt ganz uninteressant; ob die darin anwesende Bevölkerung Mittel zum Überleben finden würde, noch uninteressanter. Das per Krieg eingerichtete Protektorat verdankt sich rein dem strategischen Interesse der NATO-Mächte, eine mögliche serbische Vormacht auf dem Balkan zu verhindern, so dass die Hilfsprogramme für den Wiederaufbau des Kosovo zwar alles Nötige für die gewaltmäßige Absicherung dieses Vorpostens enthalten, die Schaffung der elementaren Voraussetzungen für ein ziviles Leben aber gar nicht einschließen.

So etwas wie eine Wirtschaftstätigkeit ist im freien Kosovo kaum vorhanden; schließlich haben die Kriege und darauffolgenden Staatenausgründungen das frühere gesamtjugoslawische Wirtschaftsleben, von dem die Provinz recht und schlecht gelebt hatte, samt seinem sachlichen Inventar weitgehend zerstört. Was der kosovarische Staat an Einnahmen zu verzeichnen hat, kommt aus den diversen Geld- und Kreditöpfen der Garantiemächte, die diesen Staat nach ihrem Bedarf alimentieren. Als Erwerbsquellen verbleiben dem Volk *erstens* das Auswandern – anderswo in Europa legal oder schwarz Arbeitende unterhalten mit ihren Verdiensten ganze Familienverbände. Im Land taugt dafür *zweitens* hauptsächlich nur der Staatsapparat, soweit man als Politiker oder Funktionär da irgendwo Fuß fassen und den eigenen verwandtschaftlichen und politischen Anhang (Kürzelname ‚Clan‘) mitunterhalten kann,

also alles, was unter das Stichwort Korruption fällt. *Drittens* generiert die zahlungsfähige Nachfrage, die vom US-Stützpunkt, den EU-Soldaten sowie der beträchtlichen Anzahl von EU-Beamten und Beratern im Justiz- und Verwaltungswesen ausgeht, rund um Priština ein Spektrum von Erwerbsmöglichkeiten mit Aufsichts-, Fahrer-, Dolmetscher- und sexuellen Diensten. Und *viertens* hat sich der kosovarische Geschäftssinn mangels anderer Branchen auf Drogen-, Waffen- und Menschen-schmuggel verlegt.

So etwas wie eine innere Stabilität geht dem Kosovo dann auch wegen der NATO-Konstruktion eines multi-ethnischen Staates ab, mit dem die Befreier den von ihnen protegierten albanischen Nationalismus auf ein handliches Maß zurückschrauben und von störenden großalbanischen Ambitionen abhalten wollen. Serben und Albaner leben in mühsam von der KFOR getrennten Gebieten und tragen ihre nationale Sache, der sie sich auf Gedeih und Verderb verschrieben haben, als wäre das ein unabwiesbarer Auftrag der Natur, mit Blockaden, Handgreiflichkeiten und Schießereien aus, wo sie eine Gelegenheit dazu finden.

Über all dem stehen die Schutzmächte mit ihrem Ordnungsmonopol, das sie von wegen ‚Stabilität‘ lieber gar nicht erst aus der Hand geben. Sie beanspruchen mit ihrer Gewalt, mit Richtern, Polizisten und Zollbeamten⁹⁾ einen zivilen Verkehr zu regeln bzw. in Gang zu setzen, wie man ihn aus funktionierenden Gemeinwesen kennt – zu dem es aber so gut wie gar nicht kommt, weil dem Staatswesen die ökonomische Grundlage für ein Funktionieren ziemlich perspektivlos abhanden gekommen und die völkische Unzufriedenheit trotz des multi-ethnischen Friedensdiktats der Schutzmächte überhaupt nicht ausgestorben ist. Nicht einmal seine Funktionalität als zuverlässiger NATO-Stützpunkt mit EU-Anbindung ist selbstverständlich – mittlerweile kämpfen albanisch-nationalistische Parteien schon wieder für die „Unabhängigkeit des Kosovo von fremden Mächten“, nämlich gegen die westlichen Ordnungsbehörden, und die UÇK, die heldenhaften kosovarischen Freiheitskämpfer von früher, kämpfen für die albanische Sache und gegen die oktroyierten Grenzen im benachbarten Mazedonien.

So sieht es aus, das gesellschaftliche, politische und ökonomische Leben im Kosovo, das EU und NATO eingerichtet haben, kontrollieren und verwalten.

AB IN DIE HEIMAT

Natürlich kennt auch die hiesige Öffentlichkeit, wenn sie gerade einmal will, die Zustände im Kosovo. Sie zählt sie alle auf – zwecks
→Fortsetzung Seite 4

